

ZEITTADEL 1945–2000

1945

- April Teilnehmer eines ehem. Düsseldorfer Widerstandskreises – darunter Karl Arnold – veröffentlichen sechs programmatische Leitsätze.
- 17.6. Erste Beratungen ehemaliger Zentrumsmitglieder und Christlicher Gewerkschafter in Köln über die Gründung einer christlich-demokratischen Partei.
- 20.6. Frühere Anhänger der Deutsch-Hannoverschen Partei beschließen in Hannover, die Zulassung der Niedersächsischen Landespartei zu beantragen.
- 23.6.–1.7. Programmberatungen im Kloster Walberberg unter Vorsitz von Leo Schwering, Verabschiedung des Programmentwurfs „Kölner Leitsätze“.
- 26.6. Gründungsaufruf der CDU in Berlin.
- 8.7. Konstituierung der Niedersächsischen Freiheitsbewegung im Haus Heinrich Hellweges bei Stade.
- 22.7. Gründungsversammlung der CDU in Berlin.
1. Vorsitzender: Andreas Hermes.
- 10.8. Der Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl wirbt für die Gründung einer Partei auf christlicher Grundlage.
- 13.8. In Wattenscheid sprechen sich die Vertreter von westfälischen Gründungskreisen für die Konstituierung einer Christlich-Demokratischen Partei aus.
- 14.8. Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei in Karlsruhe auf Initiative von Fridolin Heurich, Wilhelm Baur und Robert Beck.
- 19.8. Gründung der CDP für Köln-Stadt und -Land.
- 20.8. Auf einer Konferenz in Düsseldorf beschließen Vertreter rheinischer Gründungskreise die Gründung der rheinischen CDP mit Sitz in Köln.
- 21.8. Adam Stegerwald versammelt führende Personen aus dem Würzburger Raum zu einer Besprechung über die Gründung einer überkonfessionellen Partei.
- 2.9. Gründung der CDP Westfalen in Bochum (Vorsitzender: Lambert Lensing), der CDP Rheinland in Köln (geschäftsführender Vorsitzender: Leo Schwering).
- 12.9. Auf einem Treffen im Münchner Rathaus wird der Name Bayerische Christliche-Soziale Union beschlossen und ein Ausschuß zur Vorbereitung der Parteigründung eingesetzt.
- 15.9. Gründung der Christlich-Demokratischen Partei in Frankfurt, Vorlage des Programmentwurfs „Frankfurter Leitsätze“, 1. Vorsitzender: Jacob Husch.
- Gründung der ersten CDP-Kreispartei in Schleswig-Holstein durch Paul Pagel in Bad Segeberg.

- 16.9. Das Treffen von CDP- und Zentrumsanhängern in Rinkerode bei Münster führt nicht zu einer Vereinigung.
- 18.9. Gründung der Christlich-Sozialen Aufbaupartei in Ostholstein durch den Kreis um Hans Schlange-Schöningen.
- 20.9. Gründung der CDP in Trier durch Heinrich Kemper, Alois Zimmer, August Wolters und Mathilde Gantenberg.
- 22.9. In Lohne fällt die Entscheidung zur Gründung einer christlich-demokratischen Partei im Land Oldenburg auf einer von Hermann Siemer initiierten Konferenz.
- 25.9. Gründung der Christlich-Sozialen Volkspartei in Stuttgart; ab Oktober beginnt der Aufbau des Landesverbandes Nordwürttemberg.
- 1.10. Konstituierung der Christlich-Demokratischen Partei in Hamburg (im Juni 1946 Verbreiterung der Parteibasis durch Übertritte parteiloser Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft – darunter Bürgermeister Rudolf Petersen und Gerd Bucerius; Ende September 1946 Übertritt namhafter Mitglieder des Vaterstädtischen Bundes), Verabschiedung der 15 „Hamburger Leitsätze“ als Programmentwurf.
Vorsitzender wird – nach Johannes Speckbötel (Nov. 1945) und Otto Wendt (Nov. 1945–Jan. 1946) – im Frühjahr 1946 Max Ketels.
- 8.10. Lizenzierung der „Deutschen Aufbaubewegung“ von Maria Sevenich für den Stadt- und Landkreis Darmstadt.
- 9.10. Gründung der CDP in Mannheim.
1. Vorsitzender August Kuhn.
- 11.10. Formelle Gründung der CSU in München als erster Parteigliederung; am 5.12.1945 wird der Lizenzierungsantrag genehmigt.
- 13.10. Gründung der CSU in Stadt- und Landkreis Würzburg durch Adam Stegerwald.

Antrag auf Zulassung der CDP in Rendsburg wird bei der britischen Militärverwaltung gestellt.
- 14.10. Wiedergründung der Deutschen Zentrumspartei in Soest.
1. Vorsitzender: Wilhelm Hamacher.

Auf einer Kreiskonferenz in Stade setzt sich der Name Niedersächsische Landespartei für die an verschiedenen Orten wiedergegründete Deutsch-Hannoversche Partei durch.
Hellwege wird Vorsitzender seines Heimat-Kreisverbandes Stade.
- 25.10. CDP-Gründung im Stadt- und Landkreis Goslar auf Initiative von Heinrich Rönneburg und Clemens Recker.
- 8.11. Gründung der Christlich-Sozialen Union in Heidelberg.
1. Vorsitzender: Franz C. Heidelberg. Nachfolger wird zum Jahresende Hermann Hampe.

Gründung der CDP-Kreispartei in Lübeck.

- 17.11. Gründung der CDP in Pinneberg.
1. Vorsitzender: Rudolph Günther.
- 18.11. Gründung des CDU-Landesverbandes Hannover.
1. Vorsitzender: Bernhard Pfad.
- 19.11. Verabschiedung der „Satzung der Christlich-Demokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Rheinland“.

Gründung der ersten CDP-Kreispartei im Oldenburger Land in Vechta.
1. Vorsitzender: Hermann Siemer.
- 25.11. Konstituierung des CDU-Landesverbandes in Hessen.
1. Vorsitzender: Werner Hilpert.
- 5.12. CDP-Gründung in Rendsburg.
1. Vorsitzender: Adolf Steckel, Stellvertreter: Detlef Struve.
- 7.12. Gründung des CDU-Landesverbandes Braunschweig.
Vorsitzender wird – nach kurzer Amtsführung von Heinrich Rönneburg und Clemens Recker – Georg Strickrodt.
- 14.–16.12. „Reichstreffen“ in Bad Godesberg zur Koordinierung der christlich-demokratischen Bestrebungen; Einigung auf den gemeinsamen Namen Christlich-Demokratische Union Deutschlands; Einrichtung des Zonenverbindungsausschusses.
- 19.12. Auf Druck der SMAD werden der Berliner CDU-Vorsitzende Hermes und sein Stellvertreter Walther Schreiber wegen Kritik an der Bodenreform abgesetzt.
- 20.12. Formelle Konstituierung der Christlich-Sozialen Volkspartei Südbadens (BCSV) in Freiburg.
1. Vorsitzender: Leo Wohleb.
- 31.12. Zehn-Punkte-Erklärung der CSU.

1946

- 4.1. Gründung der Landespartei Demokratische Union für das Land Schleswig-Holstein in Rendsburg.
1. Vorsitzender: Carl Schröter.

Jakob Kaiser und Ernst Lemmer übernehmen die „Reichsleitung“ der CDU Berlin.
- 6.1. Gründung der CDP Württemberg-Hohenzollern in Aulendorf. Im Zulassungsantrag erfolgt die Umbenennung in CDU.
1. Vorsitzender: Franz Weiß.
- 8.1. Im Münchner Rathaus findet die Gründungsversammlung der CSU auf Landesebene statt; es werden eine provisorische Parteisatzung erlassen und Arbeitsausschüsse eingesetzt.

- 10.1. Gründung der Christlichen Volkspartei im Saarland.
1. Vorsitzender: Johannes Hoffmann.
- 13.1. 1. Landestagung der Christlich-Sozialen Volkspartei Nordwürttemberg in Stuttgart; Umbenennung in CDU.
1. Vorsitzender: Josef Andre.
- 16.1. Genehmigung der CDP-Gründungen in den Bezirken Koblenz, Trier und Montabaur durch den französischen Militärgouverneur.
- 22.1. Erstes Treffen des Zonenausschusses – Gremium von Delegierten der acht Landesverbände der britischen Zone – in Herford;
Wahl Konrad Adenauers zum vorläufigen Vorsitzenden.
- 30.1. Gustav Wolff, Johannes Finck u. a. stellen den Zulassungsantrag für die Christlich-Demokratische Union Pfalz.
- 31.1. Trier und die CDP-Bezirksverbände Montabaur und Koblenz schließen sich zur Provinzialpartei Rheinland-Hessen-Nassau zusammen.
- 5.2. Das Gespräch zwischen Adenauer und Carl Spiecker in Köln über einen Zusammenschluß von Zentrumspartei und CDU bleibt ergebnislos.

Gründung des Zonenverbands der CDU in der britischen Zone in Krefeld.
- 9./10.2. Der Landesverband Nordbaden konstituiert sich auf dem Parteitag in Heidelberg; Umbenennung in Christlich-Demokratische Union.
1. Vorsitzender: Fridolin Heurich.
- 14.2. Der auf dem „Reichstreffen“ vereinbarte Zwischenzonenverbindungsausschuß nimmt seine Arbeit mit einer ersten Sitzung in Frankfurt auf. Er soll die Voraussetzungen für einen Zusammenschluß der Unionsparteien schaffen.
- 15.2. Die Demokratische Union in Schleswig-Holstein schließt sich der CDU der britischen Zone an; Gründung des Landesverbands; Annahme des Namens CDU.
- 16.2. Gründungsversammlung der rheinischen Sozialausschüsse der CDU in Düsseldorf.
- 17.2. Offizielle Gründungsversammlung der Koblenzer CDP.
- 21.2. Der französische Militärgouverneur lehnt den Zulassungsantrag für die CDU-Pfalz ab, weil Rheinhessen nicht einbezogen ist.
- 24.2. Auf dem Gründungsparteitag der BCSV in Freiburg wird eine Namensänderung in CDU beraten.

Gründung des Jugendausschusses der CSU in München.
1. Vorsitzender: Franz Steber.
- 26.2.–1.3. 2. Tagung des Zonenausschusses in Neheim-Hüsten.
Adenauer wird zum Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone gewählt.

- Im März Ein „Arbeitsausschuß Junge Union für die SBZ und Berlin“ konstituiert sich in Berlin.
- 5.3. Die französische Militärregierung genehmigt die Gründung des CDU-Landesverbands Hessen-Pfalz.
- 9./10.3. 1. Parteitag der Zentrumspartei in Essen.
Wilhelm Hamacher wird als Vorsitzender bestätigt, Helene Wessel und Carl Spiecker werden zu Stellvertretern gewählt.
- 11.3. Gründung des CDU-Landesverbandes Oldenburg.
1. Vorsitzender: Fritz Söhlmann, Stellvertreter: Hermann Siemer.
- 18.3. Zulassung der CDU Württemberg-Hohenzollern auf Landesebene. Am 23.3. Gründungsparteitag in Sigmaringen.
1. Vorsitzender: Franz Weiß.
- 9.4. Erneutes Gespräch Adenauer – Spiecker bleibt ergebnislos.
- 17.5. 1. Landesversammlung der CSU in Nürnberg.
Josef Müller wird offiziell als Parteivorsitzender bestätigt. Annahme des Satzungsentwurfs.
- 23.5. 1. Landesparteitag der Niedersächsischen Landesparteitag in Celle.
Heinrich Hellwege wird zum Vorsitzenden gewählt (im Amt bis 15.1.1961).
- 16.6. Gründung des CDU-Landesverbandes Bremen.
1. Vorsitzender: Johannes Kaum.
- 16./17.6. 1. Parteitag der CDU in der SBZ in Berlin unter dem Motto „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“.
- 27./28.6. In Neuenkirchen konstituiert sich unter dem Vorsitz von Christine Teusch der Frauenausschuß der CDU in der britischen Zone.
- 28./29.8. Unionsvertreter aus den vier Besatzungszonen und Berlins beraten in Königstein die Möglichkeit des Zusammenschlusses der verschiedenen Zonen- und Landesparteien zu einer Arbeitsgemeinschaft.
- 8./9.11. 1. Tagung der nordrhein-westfälischen Sozialausschüsse der CDU in Herne.
- 16./17.11. 2. Parteitag der Zentrumspartei in Werl. Das Kultur-, Wirtschafts- und Sozialprogramm wird verabschiedet.
- 14./15.12. CSU-Landesversammlung in Eichstätt. Verabschiedung des Grundsatzprogramms „Dreißig Punkte der Union“.
Josef Müller wird als Landesvorsitzender bestätigt.

1947

- 3.1. Der CDU-Landesverband Hamburg wird in das Vereinsregister eingetragen.

- 11./12.1. Gründung der Jungen Union Bayerns, die den am 24.2.1946 gebildeten Jugendausschuß ablöst. An der Spitze steht ein dreiköpfiger Landesrat (Franz Steber/Otto Schedl/Rudolf PirkI).
- 17.–21.1. Das Treffen von Vertretern aus allen vier Besatzungszonen in Königstein/Taunus gilt als erster Deutschlandtag der Jungen Union.
- 1.–3.2. Die CDU in der britischen Zone spricht sich in ihrem „Ahlener Programm“ für die „Überwindung von Kapitalismus und Marxismus“ aus.
- 5./6.2. In Königstein treffen sich zum zweiten Mal 41 Repräsentanten aus allen Zonen und vereinbaren die Gründung der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU. Generalsekretär: Bruno Dörpinghaus.
- 14.2. Christlich-demokratische Bezirksorganisationen schließen sich in Bad Kreuznach zum Landesverband zusammen.
- 18.–20.4. 2. Landesdelegiertentagung der Christlich-Sozialen Volkspartei Südbadens, Umbenennung in CDU Baden.
- Mai Gründung der Studentischen Landesgruppe der CSU in München. Erst im WS 1950/51 verbinden sich einzelne Gruppen zum Ring christlich-demokratischer Studenten in Bayern.
1. Landesvorsitzender: Anton Jaumann.
- 31.5. Gründungsversammlung der internationalen Union Christlicher Demokraten (Nouvelles Équipes Internationales/NEI) in Chaudfontaine bei Lüttich.
- 3.–6.6. 2. Parteitag der Niedersächsischen Landespartei in Celle. Umbenennung in Deutsche Partei.
- Ende August Die Union der Ausgewiesenen und Flüchtlinge (UdA) entsteht.
1. Vorsitzender: Hans Schütz.

Die Arbeitnehmer in der CSU schließen sich zur Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft (CSA) zusammen.
- 29.8. Zusammenschluß der Frauen in der CSU zur Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen.
1. Vorsitzende: Thusnelda Lang-Brumann.
- 30./31.8. CSU-Landesversammlung in Eichstätt. Verabschiedung des Wirtschafts- und Sozialprogramms. Es existieren vier Arbeitsgemeinschaften: die Junge Union in Bayern, die Union der Ausgewiesenen und Flüchtlinge, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen und die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft in der CSU.
- 6.–8.9. 2. Parteitag der Ost-CDU in Berlin.
- 28.–30.11. Erste gesamtdeutsche „Reichstagung“ der Sozialausschüsse in Herne. Die Delegierten schließen sich zur Arbeitsgemeinschaft der Sozialausschüsse der CDU/CSU mit Sitz in Köln zusammen.
1. geschäftsführender Vorsitzender: Johannes Albers.

19./20.12. Die SMAD setzt die Berliner CDU-Vorsitzenden Kaiser und Lemmer ab, weil sie sich weigern, an der Volkskongreßbewegung teilzunehmen.

1948

- 14.1. Die CSU lehnt den Zusammenschluß mit den anderen Unionsparteien ab.
- 26.1. Der frühere Landwirtschaftsminister Bayerns, Josef Baumgartner, tritt aus der CSU aus und der Bayernpartei bei.
- 21./22.2. Erstes zonenübergreifendes Treffen von kommunalpolitischen Vertretern der CDU in Wiesbaden.
- 27.–29.4. „Reichstagung der Landesflüchtlingsausschüsse von CDU und CSU“ in Braunschweig. Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsausschüsse der CDU/CSU mit einem Sekretariat in Frankfurt am Main.
- 1.5. Gründung der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU in Frankfurt am Main.
1. Vorsitzende: Helene Weber.
- 25.5. Veröffentlichung des Briefwechsel zwischen Karl Arnold und Carl Spiecker über eine mögliche Fusion von CDU und Zentrumspartei.
- 10./11.6. Konstituierung der Konferenz der Landesvorsitzenden von CDU und CSU neben dem Vorstand der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft.
- 14.6. Mit der Gründung des Wirtschaftsbeirates der Union e.V. bildet der Unternehmerflügel der CSU seine eigene Organisation.
1. Vorsitzender: Georg Haindl.
- 16.–18.6. Parteitag der Deutschen Partei in Verden unter dem Motto „Das ganze Deutschland soll es sein!“
- 5.–7.8. Gründung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU auf der interzonalen Tagung in Koblenz.
1. Vorsitzender: Wilhelm Bitter.
- 28./29.8. 2. Parteitag der CDU der britischen Zone in Recklinghausen. Programmatische Neuorientierung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ludwig Erhard verkündet in seinem Hauptreferat über „Marktwirtschaft moderner Prägung“ die neue Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft.
- 14.10. Gründung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Garmisch-Partenkirchen.
1. Vorsitzender: Karl Scharnagl.
- 4./5.12. 4. Parteitag der Zentrumspartei in Essen-Kupferdreh.
Carl Spiecker wird zum Vorsitzenden gewählt
- 18.12. Franz Josef Strauß wird CSU-Landesgeschäftsführer.

1949

- 8./9.1. Konferenz der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft in Königswinter (Themen u.a.: Grundgesetz, Ruhrstatut, Wirtschaftspolitik).
- 30./31.1. Außerordentlicher Delegiertentag der Zentrumspartei in Oberhausen. 90% der Delegierten lehnen eine Fusion mit der CDU ab. Fritz Stricker wird Nachfolger Spieckers im Parteivorsitz.
- 4./5.2. 2. interzonale Delegiertenversammlung der KPV in Bad Reichenhall.
- 10.4. Die unterlegenen Befürworter einer Fusion mit der CDU („Essener Richtung“) treten aus der Zentrumspartei aus und der CDU bei.
- 28.5. CSU-Landesversammlung in Straubing. Hans Ehard wird CSU-Vorsitzender.
- 15.7. Verabschiedung der „Düsseldorfer Leitsätze“ zur „Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft“ durch die CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft.
- 7.9. Franz Josef Strauß wird CSU-Generalsekretär.
Gerald Götting wird zum Generalsekretär der Ost-CDU berufen.
- 18.–20.9. 3. Parteitag der Ost-CDU in Erfurt. Otto Nuschke wird Parteivorsitzender.
- 15./16.10. Parteitag der Zentrumspartei in Rheydt. Helene Wessel wird als Nachfolgerin des verstorbenen Fritz Stricker Parteivorsitzende.
- 18./19.10. 3. KPV-Delegiertenversammlung in Fulda. Verabschiedung der „Leitsätze für die kommunalpolitische Arbeit der CDU und CSU“.
- 12./13.11. 4. Parteitag der Ost-CDU in Leipzig. Die CDU bekennt sich zur DDR.

1950

- 31.7. Die CDU-Landesvorsitzenden billigen auf einer Tagung in Königswinter das Statut der CDU Deutschlands.
- 24.9. 1. Exilparteitag der CDU in der SBZ in Berlin.
- 1.10. 3. Jahreskongreß der internationalen Union der Christlich-Demokratischen Parteien Europas (Nouvelles Équipes Internationales) in Konstanz. Der Generalsekretär der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft, Bruno Dörpinghaus, spricht sich für die europäische Integration unter Führung der christlich-demokratischen Parteien aus.
- 11.10. Gustav Heinemann (CDU) tritt aus Protest gegen Adenauers Sicherheitspolitik als Bundesinnenminister zurück (21.11.1951 Gründung der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“; 29.11.1952 Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei).

- 10.10. Die drei niedersächsischen Landesverbände der CDU bilden den Dachverband „CDU in Niedersachsen“.
- 20.–21.10. 1. Bundesparteitag der CDU in Goslar unter dem Motto „Einigkeit und Recht und Freiheit“.
Adenauer wird mit 302 von 335 Stimmen zum 1. Vorsitzenden, Friedrich Holzappel und Jakob Kaiser werden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Das zehn Punkte umfassende Parteistatut wird angenommen (oberste Organe der CDU sind der Bundesparteitag, der Bundesparteiausschuß und der Bundesvorstand). Gründung des „Landesverbandes für die Gebiete östlich der Oder/Neiße“ unter dem Vorsitz von Linus Kather.

1951

- 10.2. Der erweiterte Landesvorstand der CDU und die Landesversammlung der Deutschen Partei Niedersachsens beschließen in Braunschweig, den kommenden Wahlkampf als Niederdeutsche Union zu führen; das Landtagswahlergebnis vom 6.5.1951 ist enttäuschend.
- 23./24.2. Die Junge Union beruft eine „Konferenz christlich-demokratischer Studenten“ in Bonn mit dem Ziel ein, eine Bundesorganisation zu gründen (aus dem „Bund“ wird bald der „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“).
- 25.2. Mitglieder der CSU und der Bayernpartei gründen in Regensburg die „Bayerische Volksaktion“.
- 25.–27.2. 4. KPV-Delegiertentagung in Augsburg. Festlegung auf den Namen „Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands“.
- 24.6. Adenauer appelliert auf der CSU-Landesversammlung in Bad Reichenhall an das deutsche Volk, das Parteigegenzänk beiseite zu stellen. Neutralisierung und Entmilitarisierung würden bedeuten, daß Deutschland in kurzer Zeit ein Satellitenstaat sein könnte.
- 4.7. Der CDU-Bundesparteiausschuß billigt in Bonn die Politik des Bundeskanzlers hinsichtlich des deutschen Verteidigungsbeitrags und des Schuman-Plans.
- 22./23.9. In Königswinter wird der Bundesfrauenausschuß der CDU gegründet.
1. Vorsitzende: Helene Weber (kath.) und Maria Eichelbaum (evang.).
- 14.10. Eröffnung des Parteitags der Exil-CDU der SBZ in Bonn. Jakob Kaiser erklärt, daß die Bundesregierung entschlossen sei, sich mit der Wiedervereinigung nicht die Bolschewisierung Deutschlands beschere zu lassen. Adenauer betont, Ziel seiner Politik sei die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit. Die Einheit müsse sich auch auf das Deutschland jenseits der Oder und Neiße erstrecken.
- 15.10. Kaiser wird zum 1., Lemmer zum 2. Vorsitzenden der Exil-CDU gewählt. In einer Resolution fordern die Teilnehmer alle Deutschen in Ost und West auf, sich im Widerstand gegen die kommunistische Diktatur zu vereinen.
- 18.–21.10. 2. Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe unter dem Motto „Deutschland und Europa“. Adenauer erklärt, für Deutschland komme nur die Eingliederung in

die Gemeinschaft der freien Völker in Frage. In einer EntschlieÙung wird die Politik der Bundesregierung gebilligt. Die CDU bekennt sich zu einem geeinten Europa und zu einem wiedervereinten Deutschland.

- 19.–21.10. Arbeitstagung der Ost-CDU in MeiÙen. Erarbeitung der „Thesen des Christlichen Realismus“. Die Partei bekennt sich zur sozialistischen Gesellschaftsordnung.
- 24./25.11. Parteitag der Zentrumsparlei in Múnster mit erneuter Umstrukturierung der Parteiführung. Durch Schaffung eines Parteipräsidentiums und eines Bundesparteiausschusses werden die Einflußmöglichkeiten des Parteivorsitzenden eingeschränkt. Kritik an der Amtsführung Helene Wessels.
- Dezember Nach Übertritt des Zentrums-MdB Heinrich Glasmeyer zur CDU schließen sich die restlichen neun Zentrumsabgeordneten mit der 13-köpfigen Fraktion der Bayernparlei zur Fraktion der Föderalistischen Union im Deutschen Bundestag zusammen.

1952

- 12.1. Tagung des Exekutiv Ausschusses der Nouvelles Équipes Internationales in Paris. Aufforderung an die christlich-demokratischen Delegierten in StraÙburg, alle Schritte zu unternehmen, um eine europäische Konföderation herbeizuführen, die allein in der Lage sei, in enger Zusammenarbeit mit der Atlantischen Gemeinschaft Frieden und Freiheit zu sichern.
- 27.1 Johannes Brockmann wird geschäftsführender Vorsitzender der Zentrumsparlei.
- 6.2. Verschiedene saarländische Persönlichkeiten beantragen bei der Regierung des Saarlands die Zulassung einer neuen Partei, die den Namen Christlich-Demokratische Union (CDU) tragen soll. Der Antrag ist u.a. unterzeichnet von Franz Stegmann, Egon Reinert, Karl Hillenbrand.
- 14.–16.3. Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Siegen. Wahl eines geschäftsführenden Ausschusses, der auf seiner ersten Sitzung am 27.5.1952 Hermann Ehlers zum Vorsitzenden des EAK vorschlägt.
- Mai Bruno Heck wird CDU-Bundesgeschäftsführer.
4. 6. Gründung der CDU Saar in Saarbrücken.
1. Vorsitzender: Hubert Ney.
Annahme des Parteiprogramms durch die Gründungsversammlung.
- 5./6.7. CSU-Landesversammlung in Regensburg. Eine neue Satzung wird beschlossen und Franz Josef Strauß zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.
- 16.–18.10. 6. Parteitag der Ost-CDU in Berlin. Anerkennung der führenden Rolle der SED.
- 18./19.10 3. Bundesparteitag der CDU in Berlin.
Adenauer wird als 1. Vorsitzender wiedergewählt, Ehlers und Kaiser werden Stellvertreter.

EntschlieÙung, die ganze Kraft der Partei für die Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung einer europäischen Föderation einzusetzen.

16.12. Der Parteivorstand der CDU spricht sich in einer EntschlieÙung für eine baldige Ratifizierung der deutsch-alliierten Vertragswerke aus.

12.11. Helene Wessel tritt aus der Zentrumsparterie aus.

1953

21.1. Georg Dertinger, stellvertretender Vorsitzender der Ost-CDU und Außenminister der DDR, wird unter dem Verdacht der Spionage verhaftet.

7./8.3. Parteitag der Zentrumsparterie in Köln. Die neue Grundsatzung bestätigt die vorgenommene Umbildung der höchsten Parteiinstanzen und schreibt neue Entscheidungsstrukturen fest. Verabschiedung der „Kölner Erklärung zur deutschen Politik“.
Johannes Brockmann wird Parteivorsitzender.

21.–23.3. 3. Parteitag der Exil-CDU in Bonn. Adenauer weist auf die Bedeutung der verabschiedeten deutsch-alliierten Vertragswerke für die Wiedervereinigung Deutschlands hin.
Jakob Kaiser wird erneut zum 1., Ernst Lemmer zum 2. Vorsitzenden gewählt.

18.–22.4. 4. Bundesparteitag der CDU in Hamburg. Das Wahlprogramm, in dem die Grundlinien der Politik der CDU im kommenden Bundestag dargelegt werden, wird gebilligt („Hamburger Programm“).

6./7.6. Die Frauenarbeitsgemeinschaft der CSU erhält die erste Geschäftsordnung. Der ersten Vorsitzenden Thusnelda Lang-Brumann folgt Zita Zehner.

4./5.7. Die Union der Ausgewiesenen und Flüchtlinge der CSU wird in Union der Vertriebenen umbenannt.

10.8. Josef Brunner wird CSU-Generalsekretär.

3.–6.9. 7. Jahrestagung der Internationalen Union der Christlichen Demokraten (NEI) in Tours. Die CDU wird durch Georg Strickrodt und Friedrich August von der Heydte vertreten.

November Der EAK der CSU wird gegründet.
1. Vorsitzender: Alfons Kreußel.

1954

12.1. Adenauer erklärt vor der CDU/CSU-Fraktion, das deutsche Volk befinde sich angesichts der Berliner Konferenz in der ernstesten Situation seit 1945.

19. 1. In einer Resolution zur Berliner Viermächtekonferenz erklärt der CDU-Parteivorstand, dem Frieden und der Sicherheit Europas und der Welt könne kein größerer Dienst erwiesen werden als durch die Wiedervereinigung Deutschlands.

28.–30.5. 5. CDU-Bundesparteitag in Köln.

- 10.–13.9. Jahreshkongreß der Internationalen Union Christlicher Demokraten (NEI) in Brügge.
- 22.–25.9. 7. Parteitag der Ost-CDU in Weimar. Bekenntnis „zur Einheit aller fortschrittlichen Kräfte im Demokratischen Block“.
- 22.10. Stellungnahme des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden von Brentano zur Unterzeichnung der Abkommen in Paris im Rahmen der Neun-Mächte-Konferenz. Nach Ratifizierung dieser Verträge halte die CDU einen günstigen Zeitpunkt für Vierergespräche gekommen.

1955

- 22.1. CSU-Landesversammlung in München. Hanns Seidel wird als Nachfolger von Hans Ehard zum CSU-Landesvorsitzenden gewählt.
- 22./23.10. CSU-Landesversammlung in München. Franz Josef Strauß betont, daß die CSU nicht nur eine bayerische, sondern in erster Linie eine deutsche Aufgabe zu erfüllen habe, die Bundespolitik dürfe keine Addierung regionaler Sonderinteressen sein.
- 4./5.11. Parteitag der Deutschen Partei in Bielefeld. Hellwege konstatiert, daß die Partei – trotz ihrer Ausdehnungsbemühungen - auf ihre Position im Jahr 1949 zurückgefallen sei.

1956

- 13.1. Vor dem CDU-Bundesvorstand erklärt Bundeskanzler Adenauer, man müsse der wachsenden Bedrohung durch den Kommunismus mit einer Belebung des europäischen Gedankens, mit dem beschleunigten Aufbau der deutschen Streitkräfte und mit einer Verstärkung der persönlichen Kontakte zwischen den Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs begegnen. Zur Innenpolitik erklärte der Parteivorstand, daß die Vorarbeiten für eine Sozialreform so bald wie möglich abgeschlossen werden müßten.
- 10./11.3. Tagung der Führungsgremien der CDU. Adenauer befürwortet eine Förderung aller Bemühungen um die Abrüstung durch die Bundesregierung; Abrüstung könne helfen, Voraussetzungen für die Wiedervereinigung zu schaffen.
- 26.–29.4. 6. CDU-Bundesparteitag in Stuttgart unter dem Motto „Zehn Jahre Politik für Deutschland“. Neufassung des Statuts der CDU. Konstituierung des Bundesarbeitskreises Mittelstand der CDU.
1. Vorsitzender: Kurt Schmücker.
- 27.4. Die CDU/CSU-Fraktion beschließt in Stuttgart, im Bundestag für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht einzutreten.
- 22.7. Zentrumspartei und Christliche Volkspartei des Saarlands fusionieren zur Christlichen Volkspartei-Zentrum (bis 2.4.1957).

- 23.7. In Saarbrücken wird die Vereinigung der CDU des Saarlands mit der Bundes-CDU vollzogen.
1. Vorsitzender: Hubert Ney.
- 12.–15.9. 8. Parteitag der Ost-CDU in Weimar. Der Parteitag bekennt sich zur „friedlichen Koexistenz, zur Abrüstung und zum Aufbau des Sozialismus“.
- 21.12. Friedrich Zimmermann wird hauptamtlicher Generalsekretär der CSU.

1957

- 11.–15.5. 7. Bundesparteitag der CDU in Hamburg unter dem Motto „Einheit für Deutschland, Freiheit für Europa, Frieden in der Welt“. In seiner Eröffnungsansprache hebt Adenauer den politischen Führungsanspruch der CDU hervor. Gerstenmaier greift die SPD wegen ihrer doktrinären, marxistischen Haltung an. Kiesinger verteidigt die europäische Einigungspolitik der Partei. Zum Abschluß des Parteitags fordert die CDU in ihrem „Hamburger Manifest“ u.a. die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.
- 1.6. CSU-Landesversammlung in München. Beschluß eines neuen Grundsatzprogramms.
- 12.6. Die Zentrumspartei verabschiedet das Frankfurter Programm. Zentrum und Bayernpartei schließen sich für die Bundestagswahl zum Wahlbündnis Föderalistische Union zusammen (bis 31.3.1958).
- 13.6. Die CVP im Saarland schließt ein Wahlbündnis mit der CSU.
- 6.7. Verabschiedung des Grundsatzprogramms der Föderalistischen Union.
- 15.7. Agrarpolitische Bundestagung der CDU in Köln.

1958

- 21.7. Der nordrhein-westfälische Landtag wählt Franz Meyers zum Ministerpräsidenten. Am 25.7. stellt Meyers seine nur aus Mitgliedern der CDU gebildete Regierung vor.
- 18.–21.9 8. CDU-Bundesparteitag in Kiel.
Adenauer wird als Parteivorsitzender bestätigt, Eugen Gerstenmaier und Kai-Uwe von Hassel werden als stellvertretende Vorsitzende wiedergewählt, Theodor Blank und Heinrich Krone zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Verabschiedung des „Kieler Manifests“.

1959

- 24.2. Die Spitzengremien von CDU und CSU schlagen Ludwig Erhard als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vor. Erhard verzichtet auf die Kandidatur am 3.3.
- 26.2. Hans Egon Reinert (CDU) wird zum Ministerpräsidenten des Saarlands gewählt.

- 7.4. Nominierung Adenauers zum Kandidaten der CDU und CSU für das Amt des Bundespräsidenten.
- 19.4. Der außerordentliche Delegiertentag der CSU/CVP des Saarlands beschließt in Saarbrücken mit 525 gegen 31 Stimmen bei 6 Enthaltungen die Auflösung der Partei und den Anschluß an die CDU.
- 23.4. Tod des saarländischen Ministerpräsidenten Reinert.
- 30.4. Der Landtag des Saarlands wählt den bisherigen Kultusminister Franz-Josef Röder zum Nachfolger Reinerts.
- 5.6. Adenauer begründet vor dem CDU-Vorstand und der CDU/CSU-Fraktion seinen Entschluß, seine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten zurückzuziehen.
- 15.6. Ein Wahlmännnergremium der CDU und CSU wählt Bundeslandwirtschaftsminister Heinrich Lübke zum neuen Präsidentschaftskandidaten der Union.
- 3.10. Gespräch zwischen CDU und DP in Neuenkirchen/Stade über eine Änderung des Wahlgesetzes; die CDU lehnt die DP-Vorschläge ab.

1960

- 26.–29.4. 9. CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe unter dem Leitwort „Wir rufen das deutsche Volk“. Grundsatzentschließungen zur Deutschland-, Wirtschafts-, Sozial- und Kommunalpolitik.
- 7.5. 9. Bundesparteitag der Deutschen Partei in Heilbronn. Die Bundestagsfraktion will eine stärkere Anlehnung an die CDU, der niedersächsische Landesverband mehr Eigenständigkeit im Rahmen „bürgerlicher“ Koalitionen.
- 1.7. Neun MdB der Deutschen Partei geben ihren Austritt aus der Bundestagsfraktion bekannt und treten am 20.9. der CDU/CSU-Fraktion bei. Die restlichen sechs DP-Abgeordneten bilden eine Gruppe.
- 24.11. Fusion der Rest-DP mit dem GB/BHE zur Gesamtdeutschen Partei.
- 28.–30.11. Kulturpolitischer Kongreß der CDU und CSU in Gelsenkirchen.

1961

- 15.1. Die geplante Fusion aus DP, FDP und BHE zur Schaffung einer dritten Kraft scheitert; Hellwege tritt vom Parteivorsitz der DP zurück.
- 18.3. CSU-Landesversammlung in München. Franz Josef Strauß wird zum Parteivorsitzenden gewählt.
- 15.4. Delegierte von DP und BHE beschließen in Bonn die Fusion beider Parteien zur Gesamtdeutschen Partei. Die GDP erleidet bei den Bundestagswahlen eine schwere Wahlniederlage. Vor allem in Niedersachsen schließen sich daraufhin zahlreiche Funktionsträger der GDP, die zuvor in der DP waren, der CDU an.
- 24.–27.4. 10. CDU-Bundesparteitag in Köln. Verabschiedung des „Kölner Manifests“.

- 7.7. Agrarpolitische Bundestagung der CDU in Bad Godesberg.
- 17.8. Erklärung des Hauptvorstandes der Ost-CDU zum Mauerbau in Berlin („wohl-
abgewogene und mustergültig durchgeführte Maßnahme“).

1962

- 2.–5.6. 11. CDU-Bundesparteitag in Dortmund. Grundsatzentscheidungen zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Außenpolitik, Änderung der Parteisatzung.
- 4.–6.11. Kulturpolitischer Kongreß von CDU und CSU in Augsburg.

1963

- 23.4. Der Fraktionsvorstand der CDU/CSU nominiert Ludwig Erhard als Kanzlerkandidaten zum Nachfolger Adenauers.
- 2.5. Sportpolitische Konferenz von CDU und CSU in Berlin.
- 1.10. Anton Jaumann wird CSU-Generalsekretär.
- 9.12. Gründungsversammlung des Wirtschaftsrates der CDU e.V. in Bonn.
1. Vorsitzender: Klaus Scheufelen.

1964

- 29./30.1. Gesundheitspolitischer Kongreß der CDU in Oberhausen.
- 14.–17.3. 12. CDU-Bundesparteitag in Hannover. Verabschiedung eines „Agrarpolitischen Programms“.
- 18./19.6. Kommunal-Kongreß der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU in Mainz unter dem Motto „Die Zukunft gestalten! Bürger und Gemeinden im modernen Staat“.
- 9./10.10. Verteidigungspolitischer Kongreß der CDU in Kassel.
- 9./10.11. Kulturpolitischer Kongreß von CDU und CSU in Hamburg unter dem Motto „Bildung in der modernen Welt“.
- 2.–4.12. Kongreß berufstätiger Frauen der CDU in Bochum unter dem Motto „Frauen und Arbeitswelt – Morgen“.

1965

- 4./5.3. Bauernkongreß der CDU in Oldenburg.
- 28.-31.3. 13. CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf unter dem Motto „Es geht um Deutschland“. Verabschiedung der „Düsseldorfer Erklärung“.
- 9.4. Gründung des Wehrpolitischen Arbeitskreises (WPA) der CSU.
1. Vorsitzender: Erwin Lauerbach.

- 3./4.5. Vertriebenenkongreß von CDU und CSU in Nürnberg unter dem Motto „Freiheit und Recht in Deutschland und Europa“.
- 24.-26.5. Raumordnungskongreß von CDU und CSU in Saarbrücken.
- 17.7. Fusion der Zentrumspartei mit der Saarländischen Volkspartei zur Christlichen Volkspartei (Bundestagwahlergebnis: 0,1%).
- 24.7. Verabschiedung des Grundsatzprogramms der Christlichen Volkspartei in Köln.
- 9.-12.12. Auf dem 17. Jahreskongreß der NEI in Taormina findet die Umbenennung in EUCD (Europäische Union Christlicher Demokraten) statt. Eine neue Satzung, die Einrichtung eines Politischen Büros und das Amt eines Generalsekretärs werden beschlossen.

1966

- 21.-23.3. 14. CDU-Bundesparteitag in Bonn.
Ludwig Erhard wird zum Nachfolger Adenauers im Bundesvorsitz der Partei gewählt.
- 6.9. Das Präsidium der Zentrumspartei billigt in Münster ein neues Grundsatzprogramm.

1967

- 1.4. Max Streibl wird CSU-Generalsekretär.
- 22./23.5. 15. CDU-Bundesparteitag in Braunschweig.
Bundeskanzler Kiesinger wird als Nachfolger Ludwig Erhards zum Bundesvorsitzenden gewählt.
Bruno Heck wird im neugeschaffenen Amt des Generalsekretärs bestätigt.
- 8./9.7. 12. CDA-Bundestagung. Verabschiedung der „Offenburger Erklärung“ als eine Art Grundsatzprogramm.

1968

- 28.6. Die Frauenarbeitsgemeinschaft der CSU (FAG) ändert ihre Bezeichnung in Frauen-Union (FU).
- 4.-7.11. 16. CDU-Bundesparteitag in Berlin. Verabschiedung des „Berliner Programms“.
- 12./13.7. CSU-Landesversammlung in München; anstatt Landesversammlung, Landesvorsitzender, Geschäftsführender Landesvorstand und Landesausschuß werden die Bezeichnungen Parteitag, Parteivorsitzender, Präsidium und Parteausschuß eingeführt.
- 2.-5.10. 12. Parteitag der Ost-CDU in Erfurt unter dem Motto „Aus christlicher Verantwortung, in demokratischer Verpflichtung – Liebe und Tat unserem sozialistischen Vaterland“.
- 6./7.10. Kommunal-Kongreß der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU in Frankfurt unter dem Motto „Freiheit und Verantwortung“.

- 14.12. CSU-Parteitag in München. Beschluß eines neues Grundsatzprogramms. Der Posten eines 3. stellvertretenden Landesvorsitzenden wird geschaffen und durch Mathilde Berghofer-Weichner erstmals mit einer Frau besetzt.

1969

Die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge/Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen in der CDU/CSU (OMV) entsteht durch die Umwandlung des Landesverbandes Oder/Neiße in eine Vereinigung.

- 28.2.-1.3. Kulturpolitischer Kongreß von CDU und CSU in Bad Godesberg.
- 6.-8.3. Bauernkongreß der CDU in Münster.
- 16.3. 14. Parteitag der Zentrumspartei in Düsseldorf: Gerhard Ribbeheger wird zum Parteivorsitzenden gewählt.
- 11./12.4. CDU-Kongreß in Ludwigshafen unter dem Motto „Die Frau im Spannungsfeld unserer Zeit“.
- 12.5. Gerald Götting wird Präsident der DDR-Volkskammer.
- 27./28.5. Auf dem 14. Bundeskongreß des Bundesarbeitskreises Mittelstand in Dortmund erfolgt die Umbenennung in Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU.
- 7.-9.11. Deutschlandtag in Hamm. Die Junge Union übernimmt die Rolle der „Opposition in der Opposition“.
- 17./18.11. 17. CDU-Bundesparteitag in Mainz. Wiederwahl Kiesingers als Parteivorsitzender.

1970

- 26.6. Tagung des Hauptvorstandes der Ost-CDU zum 25. Jahrestag der Gründung der Partei. Die CDU habe den „Bürgern christlichen Glaubens eine klare soziale und geistige Perspektive für ihren Weg in die entwickelte sozialistische Gesellschaft eröffnet.“
- 13.10. Sportkonferenz von CDU und CSU.

1971

- 15.1. Die vier CDU-Landesverbände in Baden-Württemberg schließen sich auf dem Landesparteitag in Baden-Baden zusammen.
1. Landesvorsitzender: Hans Filbinger.
- 25.-27.1. 18. CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf. Verabschiedung der 2. Fassung des „Berliner Programms“.
- 30.1. Bildungspolitischer Kongreß der CDU in Lübeck.
- 14.5. Gerold Tandler wird CSU-Generalsekretär.
- 3./4.9. Verteidigungspolitischer Kongreß der CDU in Koblenz.

- 4./5.10. 19. CDU-Bundesparteitag in Saarbrücken.
Rainer Barzel wird als Nachfolger von Kurt Georg Kiesinger zum CDU-Bundesvorsitzenden gewählt, zum Generalsekretär Konrad Kraske;
Verabschiedung einer Berlin-Resolution.
- 29.11. Rainer Barzel wird zum Kanzlerkandidaten von CDU und CSU nominiert.

1972

- 15.5. Der CDU-Bundesvorstand gibt die Abstimmung über die Ostverträge frei.
- 29.9.-1.10. Verabschiedung eines Grundsatzprogramms auf dem JU-Deutschlandtag in Fulda.
- 6./7.10. Verteidigungspolitischer Kongreß der CDU in Hamburg.
- 9.-11.10. 20. CDU-Bundesparteitag in Wiesbaden. Verabschiedung des – erstmals mit der CSU erarbeiteten – Regierungsprogramms der Union („Wiesbadener Arbeitsprogramm“).
- 11.-14.10. 13. Parteitag der Ost-CDU in Erfurt. Bekräftigung des Zusammenwirkens mit der SED und der Freundschaft mit der Sowjetunion.

1973

- 24.1. Nach ersten Gründungen 1962 und 1963 wird der Gesundheitspolitische Arbeitskreis der CSU neu gegründet.
- 8.5. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt mit 101 gegen 93 Stimmen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNO ab; sie folgt damit nicht der Empfehlung ihres Vorsitzenden Barzel, der daraufhin von seinem Amt zurücktritt. Zum Nachfolger wird am 17.5. Karl Carstens gewählt.
- 12.6. 21. CDU-Bundesparteitag in Bonn.
Nach dem Rücktritt Rainer Barzels Wahl Helmut Kohls zum Bundesvorsitzenden.
Kurt Biedenkopf wird CDU-Generalsekretär.
- 27.-30.9. CSU-Parteitag in München. Einsetzung einer Grundsatzkommission unter dem Vorsitz Theo Waigels.
- 18.-20.11. 22. CDU-Bundesparteitag in Hamburg. Beschlüsse zum sozialen Baubodenrecht; Vermögenspolitische Leitsätze und Grundsatzthesen zur beruflichen Bildung werden verabschiedet („Hamburger Beschlüsse“).

1974

- 8./9.3. Kommunalpolitischer Kongreß der CDU in Bonn.
- 23.3. Strukturpolitischer Kongreß der CDU in Rastede.
- 30./31.5. Medienkongreß von CDU und CSU in München.
- 4./5.7. CDU-Symposium zur Sicherheitspolitik.

- 4./5.10. Familienpolitischer Kongreß der CDU in Münster. Ankündigung eines Modells der „Partnerrente“.
- 27.10. 15. Bundesparteitag der Zentrumsparterie in Recklinghausen. Gerhard Woitzik wird zum Parteivorsitzenden gewählt und ein Grundsatzprogramm verabschiedet.
- 22./23.11. Gesundheitspolitischer Kongreß der CDU in Kiel.
- 6./7.12. CDA-Kongreß in Leverkusen unter dem Motto „Humanität im Arbeitsleben“.

1975

- 9./10.1. Sicherheitspolitischer Kongreß der CDU in Koblenz unter dem Motto „Mehr Sicherheit in Freiheit“.
- 14./15.3. Berufsbildungskongreß der CDU in Saarbrücken.
- 19.6. Nominierung von Helmut Kohl als Kanzlerkandidat der Union.
- 23.-25.6. 23. CDU-Bundesparteitag in Mannheim. Helmut Kohl wird als Parteivorsitzender bestätigt. Verabschiedung der „Mannheimer Erklärung“, die die außen-, innen- und gesellschaftspolitische Position der CDU beschreibt; Änderung des Parteistatuts.
- 4./5.9. Internationaler Entwicklungspolitischer Kongreß der CDU in Bonn.
- 21./22.11. Die Bundesvertreterversammlung der KPV beschließt in Stuttgart ein Kommunalpolitisches Grundsatzprogramm.
- 28.11. Deutschlandpolitischer Kongreß von CDU und CSU in Ingolstadt mit Referaten von Kohl und Strauß.
- 4./5.12. Rechtspolitischer Kongreß der CDU in Karlsruhe unter dem Motto „Recht sichert Freiheit“.

1976

- 13./14.2. Bauernkongreß der CDU in Oldenburg.
- 21.2. Das vom Politischen Büro der EUCD einstimmig angenommene „Manifest der Christlichen Demokraten Europas“ wird verkündet.
- 5.-7.3. Die 27. RCDS-Bundesdelegiertentagung in Bonn verabschiedet ein Grundsatzprogramm.
- 12./13.3. CSU-Parteitag in München. Verabschiedung des von der Grundsatzkommission unter Theo Waigel erarbeiteten Grundsatzprogramms.
- 29.4. In Straßburg findet unter Teilnahme von zehn europäischen Parteien der Mitte die Gründungsversammlung der EVP/Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft statt.

- 24.-26.5. 24. Bundesparteitag der CDU in Hannover unter dem Motto „Aus Liebe zu Deutschland – Freiheit statt Sozialismus“.
Der von der Bundesregierung verfolgten Entspannungs- und Normalisierungspolitik stellen CDU und CSU ihr Programm zur Überwindung der deutschen Teilung „in einem geeinten Europa freier Menschen“ und zur Festigung des Atlantischen Bündnisses entgegen.
- 28./29.5. Kulturkongreß von CDU und CSU in München.
- 12./13.6. CDU und CSU nehmen an der Gründung der Europäischen Demokratischen Union (EDU) teil.
19. 11. In Wildbad Kreuth beschließt die CSU-Landesgruppe, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag zu beenden.
- 12.12. Der Kreuther Beschluß wird widerrufen. Die CDU hatte angekündigt, einen Landesverband in Bayern zu gründen.

1977

- 7.-9.3. 25. CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf unter dem Motto „Unsere Verantwortung für Deutschland“.
Helmut Kohl wird als Parteivorsitzender bestätigt,
Heiner Geißler wird Generalsekretär der CDU.
- 22.-24.9. Grundsatzforum der CDU in Berlin.
- 10./11.10. CDU-Fachkongreß „Energie und Umwelt“ in Hannover.
- 21./22.10. CDU-Kongreß „Zukunftschancen der jungen Generation“ in Hamburg.
- 29.-30.11. Wissenschaftliche Fachtagung der CDU in Bonn zum Terrorismusproblem unter dem Motto „Der Weg in die Gewalt“.

1978

- 13./14.1. Sicherheitspolitisches Forum der CDU in Kiel.
- 8.4. Gemeinsame Tagung von Frauen- und Mittelstandsvereinigung der CDU in Hamburg zum Thema „Die Frau in mittelständischen Betrieben“.
- 19./20.4. Wissenschaftliche Fachtagung der CDU in Bonn zum Thema „Verwaltete Bürger – Gesellschaft in Fesseln“.
- 18./19.5. Rechtspolitischer Kongreß von CDU und CSU in Karlsruhe unter dem Motto „Recht sichert Freiheit“.
- 30.9. Wehrpolitisches Symposium der CDU in Bonn.
- 23.–25.10. 26. CDU-Bundesparteitag in Ludwigshafen. Die Partei beschließt ihr erstes Grundsatzprogramm.
- 6.11. Franz Josef Strauß wird bayerischer Ministerpräsident.

- 7./8.11. Medientag der CDU in Bonn.
20.11. Edmund Stoiber wird CSU-Generalsekretär.

1979

- 1./2.3. Wissenschaftliche Fachtagung der CDU zu Umwelt und Wachstum in Bonn unter dem Motto „Lebenswerte Zukunft“.
25.-27.3. 27. CDU-Bundesparteitag in Kiel unter dem Leitwort „Gegen ein sozialistisches Europa. Deutsche wählt das freie und soziale Europa“.
2.7. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag entscheidet sich mit 135:102 Stimmen für Franz Josef Strauß und gegen Ernst Albrecht als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1980.
28./29.9. CSU-Parteitag in München. Durch Satzungsänderung wird das Amt eines weiteren stellvertretenden Parteivorsitzenden geschaffen; gewählt wird Friedrich Zimmermann.
23./24.10. Sportkongreß der CDU in Bonn.
20.11. Deutschlandpolitisches Symposium der CDU in Bonn.

1980

- 11./12.1. Sicherheitspolitischer Kongreß der CDU in Bonn.
21./22.2. Bauernkongreß der CDU in Oldenburg.
22./23.2. Deutschlandpolitischer Kongreß der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU und CSU in Mannheim unter dem Motto „Die Zukunft Deutschlands“.
4./5.3. Außenpolitische Fachtagung der CDU in Bonn zum Thema „Frieden in Freiheit sichern“.
19./20.5. 28. CDU-Bundesparteitag in Berlin. Verabschiedung des Wahlprogramms „Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt“ von CDU und CSU.
19.8. Seniorenkongreß der CDU in Bonn.
12.9. Frauenkongreß der CDU in Mainz unter dem Motto „Die CDU ist für die Frau da“.

1981

- 9./10.3. 29. Bundesparteitag der CDU in Mannheim unter dem Motto „Wir arbeiten für eine menschliche Zukunft“.
Helmut Kohl wird als Parteivorsitzender bestätigt.
Der Parteitag verabschiedet das Arbeitsprogramm „Aufgaben der achtziger Jahre“.

- 2.-5.11. 30. CDU-Bundesparteitag in Hamburg. Verabschiedung der Grundsätze „Mit der Jugend - unser Land braucht einen neuen Anfang“.
- 7./8.12. Europapolitische Fachtagung der CDU in Bonn.

1982

- 20.9. Die Oppositionsparteien CDU und CSU vereinbaren mit der FDP, Helmut Kohl am 1.10. durch ein konstruktives Mißtrauensvotum zum Bundeskanzler zu wählen und zum 6.3.1983 Bundestagswahlen anzustreben.
- 28.9. CDU, CSU und FDP einigen sich auf ein Koalitionsabkommen.
- 15.10. 15. Parteitag der Ost-CDU in Dresden („Verpflichtung, mit Wort und Tat für die Stärkung des Sozialismus einzutreten“).
- 20./21.10. CDU-Fachtagung „Deutsche und Ausländer für eine gemeinsame Zukunft“ in Bonn.

1983

- 15.1. Fachkongreß der CDU in Karlsruhe unter dem Motto „Recht sichert Freiheit“.
- 3.2. Fachkongreß der CDU in Bonn zum Thema „Frieden sichern durch Abrüstung und Verteidigung“.
- 1.4. Otto Wiesheu übernimmt das Amt des CSU-Generalsekretärs, das er im November niederlegen muß. Gerold Tandler wird kommissarischer Generalsekretär.
- 25./26.5. 31. CDU-Bundesparteitag in Köln.
- 8.11. Fachkongreß der CDU in Bonn zum Thema „Europas Verantwortung für den Frieden“.

1984

- 27.2. Europakongreß der CDU in Bonn zum Thema „Wachstum, neue Technik, Arbeit – Europa in den achtziger Jahren“.
- 9.-11.5. 32. CDU-Bundesparteitag in Stuttgart. Verabschiedung der Stuttgarter Leitsätze „Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“.
- 25.10. Rainer Barzel tritt als Bundestagspräsident zurück, sein Nachfolger wird Philipp Jenninger (CDU).
- 13.11. CDU-Fachkongreß „Boden und Landwirtschaft“ in Bonn.

1985

- 28.1. Der kommissarische Generalsekretär der CSU, Gerold Tandler, wird offiziell bestätigt.
- 27./28.2. Fachkongreß „CDU/CSU-Medienpolitik – Chance für die Zukunft“ in Mainz.

- 20.3. Auf dem 33. CDU-Bundesparteitag in Essen werden die Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau verabschiedet und das Amt eines Seniorenbeauftragten geschaffen.
- 22./23.11. CSU-Parteitag in München. Die Partei feiert ihr vierzigjähriges Bestehen.
- 28.11. Wirtschaftspolitischer Kongreß der CDU in Osnabrück zum Thema „Auf neuen Wegen zu neuen Arbeitsplätzen“.

1986

- 24./25.1. Rechtspolitischer Kongreß der CDU in Karlsruhe unter dem Motto „Recht sichert Freiheit“.
- 7.3. Die beiden CDU-Landesverbände in Nordrhein-Westfalen schließen sich zusammen.
1. Landesvorsitzender: Norbert Blüm.
- 19.3. Seniorenkongreß der CDU in Bonn.
- 14.5. Sicherheitspolitischer Kongreß der CDU in Bonn.
- 27.8. Fachkongreß der CDU in Bonn zum Thema „Verantwortung für Deutschland – Energiepolitik für eine humane Zukunft“.
- 10.9. Gesundheitspolitischer Kongreß der CDU in Bonn.
- 24.9. Fachkongreß der CDU in Bonn zum Thema „Technischer Fortschritt für eine humane Zukunft“.
- 7./8.10. 34. Bundesparteitag in Mainz. Verabschiedung des „Zukunftsmanifests“ der CDU.
- 20.10. CDU-Kongreß zum Thema „Gegen Terror und Gewalt den inneren Frieden sichern“ in Bonn.

1987

- 20.7. Erwin Huber wird stellvertretender CSU-Generalsekretär.
- 9.11. Auf dem 35. CDU-Bundesparteitag in Bonn wird die Gründung einer Seniorenunion als achte Vereinigung der CDU beschlossen.

1988

- 20.1. Auf der 16. Bundesdelegiertentagung in Bonn wird die Frauenvereinigung der CDU in Frauen-Union umbenannt.
- 14.4. Außenpolitischer Kongreß der CDU in Bonn.
- 20.4. Gründung der Senioren-Union in Bonn.
1 Vorsitzender: Gerhard Braun.

- 13.-15.6. 36. CDU-Bundesparteitag in Wiesbaden. Beschlüsse zu den Anträgen des Bundesvorstands „Unsere Verantwortung in der Welt“, „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ und „Die CDU als moderne Volkspartei“.
- 27.6. In einem Brief der Ost-CDU-Ortsgruppe Neuenhagen/Berlin an die Parteileitung wird das Fehlen fundamentaler Freiheitsrechte in der DDR beklagt.
- 12.9. Der bisher stellvertretende CSU-Generalsekretär Erwin Huber wird Generalsekretär.
- 3.10. Tod des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß.
- 19.10. Max Streibl wird als bayerischer Ministerpräsident vereidigt.
- 19.11. Die CSU-Parteitagsdelegierten wählen Theo Waigel mit 98,3% der Stimmen zum neuen Parteivorsitzenden.

1989

- 18.1. CDU-Kongreß „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn.
- 12.4. Europakongreß der CDU in Bonn.
- 10.9. Vier Mitglieder der Ost-CDU schicken den „Brief aus Weimar“ an die Parteileitung und die Kreisverbände der Ost-CDU. Darin wird die Angepaßtheit der Parteispitze an die SED beklagt und die Einlösung grundlegender Freiheitsrechte in der DDR gefordert.
- 11.-13.9. 37. Bundesparteitag der CDU in Bremen. Beschlüsse zu den Themen „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“, „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“, „Ausländer- und Asylpolitik“ werden gefaßt. Helmut Kohl wird als Parteivorsitzender bestätigt.
- 2.10. In Ost-Berlin entsteht die Oppositionsgruppe „Demokratischer Aufbruch“, die später in der CDU aufgeht (4.8.1990).
- 2.11. Gerald Götting tritt als Vorsitzender der Ost-CDU zurück.
- 10.11. Der Hauptvorstand der Ost-CDU wählt Lothar de Maizière zum neuen Vorsitzenden.
- 4.12. Die Ost-CDU tritt aus dem „Zentralen Demokratischen Block“ aus.
- 15./16.12. Sonderparteitag der Ost-CDU in Berlin. Abkehr vom Sozialismus als „leerer Hülse“, Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Einheit der deutschen Nation.

1990

- 20.1. Gründung der Deutschen Sozialen Union in Leipzig.
1. Vorsitzender: Hans-Wilhelm Ebeling.

- 5.2. In Anwesenheit von Helmut Kohl verabreden die Parteivorsitzenden de Mai-zière (CDU), Ebeling (DSU) und Schnur (DA), das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ zur Volkskammerwahl am 18.3.
- 18.3. Die CDU-West und die CDU-Ost beschließen, sich unmittelbar vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zu vereinigen.
- April Gründung der Senioren-Union in der DDR.
- 18.6. Das Präsidium der Ost-CDU nimmt erstmals an einer Sitzung des CDU-Bundesausschusses teil.
- 25.6. Der Vorstand der Demokratischen Bauernpartei (DBD) entscheidet sich für eine Fusion mit der CDU.
- 16.9. Deutschlandtag der Jungen Union in Leipzig. Vereinigung mit der seit dem 9.11.1989 bestehenden Christlich-Demokratischen Jugend in der DDR.
- 1./2.10. 38. CDU-Bundesparteitag (1. Parteitag der CDU Deutschlands) in Hamburg unter dem Motto „Ja zu Deutschland – Ja zur Zukunft“. Die fünf neuen ost-deutschen Landesverbände treten der CDU bei. Helmut Kohl wird mit 98,5% der Stimmen zum Vorsitzenden der CDU gewählt. Verabschiedung des „Manifests zur Vereinigung“.
- Dezember 2. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union in Bonn. Wahl von Bernhard Worms zum Bundesvorsitzenden. Aufnahme der Landesverbände der neuen Länder.

1991

- 15.5. Außenpolitischer Kongreß der CDU in Bonn.
- 28.6. Umweltforum in Magdeburg und 1. Konferenz der CDU-Umweltbeauftragten.
- 31.10. CDU-Kongreß in Frankfurt/Oder zum Thema „Kulturgemeinschaft Europa – Die Zukunft des Kontinents“.
- 15.-17.12. 2. Parteitag der CDU Deutschlands in Dresden. Das Manifest „Die Zukunft gemeinsam gestalten. Die neuen Aufgaben deutscher Politik“ wird beschlossen.

1992

- 14./15.2. Rechtspolitischer Kongreß der CDU in Karlsruhe unter dem Motto „Recht sichert Freiheit – Aktuelle Herausforderungen an die Rechtspolitik im geeinten Deutschland“.
- 23.3. Die CSU stellt den Entwurf ihres neuen (5.) Parteiprogramms vor.
- 11./12.5. Verfassungspolitischer Kongreß der CDU in Bonn zum Thema „Freiheitliche Demokratie in Deutschland“.
- 14./15.5. 2. Konferenz der CDU-Umweltbeauftragten und Umweltforum in Bonn.

- 12.6. Fachkongreß der CDU-Grundsatzkommission in Frankenthal zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.
- 1.9. CDU-Fachtagung „Umwelt und Verkehr“ in Bonn.
- 26.-28.10. 3. Parteitag der CDU Deutschlands in Düsseldorf.

1993

- 4./5.3. Bildungspolitischer Kongreß der CDU in Wiesbaden unter dem Motto „Bildung – Schlüssel zur Zukunft“.
- 25.3. Medienpolitisches Forum der CDU in Bonn zum Thema „Eindämmung der Gewalt im Fernsehen“.
- 28.5. 3. Konferenz der CDU-Umweltbeauftragten und 3. Umweltforum in Bonn.
- 8./9.10. Auf dem CSU-Parteitag wird das neue Grundsatzprogramm beschlossen, das von einer Kommission unter Vorsitz Edmund Stoibers erarbeitet wurde.
- 12.-14.10. 4. Parteitag der CDU Deutschlands in Berlin. Beschlüsse zur Inneren Sicherheit sowie zur Erziehung und Ausbildung in einem freiheitlich demokratischen Bildungssystem.

1994

- 20.-23.2. 5. Parteitag der CDU Deutschlands in Hamburg. Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms unter dem Motto „Freiheit in Verantwortung“.
- 24.3. Außenpolitischer Kongreß der Senioren-Union in Bonn zum Thema „Zwischen Machtideologie und Angst vor der Macht“.
- 1.9. Die CDU/CSU-Fraktion legt „Überlegungen zur europäischen Politik“ vor. Der Vorschlag zur Schaffung eines „Kerneuropas“ stößt in den anderen Parteien und EU-Staaten auf Kritik.
- 28.11. 6. Parteitag der CDU Deutschlands in Bonn.
Helmut Kohl wird mit 864 Ja-Stimmen bei 51 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen im Amt des Parteivorsitzenden bestätigt.
Die Empfehlung für eine Verankerung der Frauenquote in der Parteisatzung wird gebilligt.

1995

- 1.1. Bernd Protzner wird CSU-Generalsekretär.
- 28.6. Festveranstaltung „50 Jahre CDU Deutschlands“ in Berlin.
- 8./9.9. CSU-Parteitag in München.
Theo Waigel wird im Amt des Parteivorsitzenden bestätigt.
- 16.-18.10. 7. Parteitag der CDU Deutschlands in Karlsruhe unter dem Motto „Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“. Die Mehrheit der Delegierten lehnt die Einführung der Frauenquote ab. Verabschiedung der „Europapolitischen Leitsätze“.

21.10. Die CSU feiert den 50. Jahrestag ihrer Gründung.

1996

20.-22.10. 8. Parteitag der CDU Deutschlands in Hannover unter dem Motto „Handeln für die Zukunft“. Mit 609 zu 297 Stimmen verabschieden die Delegierten die Frauenquote. Kohl wird als Parteivorsitzender bestätigt.

16./17.12. Sieben ehemalige DDR-Bürgerrechtler, die bislang bei Bündnis 90/Die Grünen aktiv waren, wechseln zur CDU und kritisieren die Anbiederung der Grünen an die PDS.

1997

13.-15.10. 9. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig unter dem Motto „Das 21. Jahrhundert menschlicher gestalten“. Verabschiedung der Beschlüsse „Projekt Zukunftschancen, Verantwortung in Deutschland“ und „Sicher leben – Zwölf Thesen zur Inneren Sicherheit“. Kohl unterstreicht in Interviews, daß er sich den Fraktionsvorsitzenden Schäuble als seinen Nachfolger im Kanzleramt wünscht.

1998

18./19.5. 10. Parteitag der CDU Deutschlands in Bremen. Verabschiedung des „Zukunftsprogramms“ als Grundlage für den Wahlkampf. Verabschiedung des Unvereinbarkeitsbeschlusses, der jede Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien ablehnt.

7.11. 11. Parteitag der CDU Deutschlands in Bonn. Wolfgang Schäuble wird mit 93,4% zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Angela Merkel wird Generalsekretärin.

1999

16.1. Auf dem 53. CSU-Parteitag wird Edmund Stoiber zum Parteivorsitzenden gewählt.

30.11. In der CDU-Spendenaffäre räumt Helmut Kohl ein, gegen das Parteiengesetz verstoßen zu haben.

2000

18.1. Helmut Kohl legt den CDU-Ehrevorsitz nieder.

16.2. Wolfgang Schäuble erklärt seinen Verzicht auf den CDU/CSU-Fraktions- und den CDU-Parteivorsitz.

29.2. Friedrich Merz wird zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

9.-11.4. Auf dem Parteitag in Essen wird Angela Merkel zur CDU-Vorsitzenden gewählt. Ruprecht Polenz wird Generalsekretär.

20.11. Laurenz Meyer löst Polenz als CDU-Generalsekretär ab.

2001

- 8.6. Zukunftskonferenz der CDU in Berlin.
- 16.6. Ende der großen Koalition in Berlin. SPD und Grüne stürzen mit Hilfe der PDS durch ein Mißtrauensvotum den regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU).
- 12./13.10. CSU-Parteitag in Nürnberg unter dem Motto „Sicherheit im 21. Jahrhundert“. Leitanträge „Aktive Bürgergesellschaft“, „Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ und „Wohnungspolitisches Programm“.
- 2.-4.12. 14. Parteitag der CDU in Dresden. Verabschiedung des Gesamtkonzepts zu Zuwanderung und Integration.

2002

- 13.1. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber wird nach dem Verzicht der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel als gemeinsamer Kanzlerkandidat der Union für die Bundestagswahl am 22.9. aufgestellt.
- 11.11. 16. Parteitag der CDU in Hannover.
- 24.9. Angela Merkel übernimmt den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
- 16.12. Einsetzung der Kommission „Bürgerpartei CDU“ unter Vorsitz von Laurenz Meyer.

2003

- 3.2. Einsetzen der Kommission „Soziale Sicherheit“ unter Leitung von Bundespräsident a.D. Roman Herzog.
- 1.-2.12. 17. Parteitag der CDU in Leipzig. Beschluß zur Erneuerung der sozialpolitischen Programmatik „Deutschland fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land“ und Beschluß „Bürgerpartei CDU – Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“.

2004

- 23.5. Wahl von Horst Köhler zum Bundespräsidenten.
- 6.-7.12. 18. Parteitag der CDU in Düsseldorf. Beschluß „Wachstum – Arbeit – Wohlstand“.
- 22.12. Laurenz Meyer tritt als Generalsekretär zurück.

2005

- 24.1. Volker Kauder wird zum Generalsekretär gewählt.